Echo der Arbeit

HÜTTENWERK OBERHAUSEN AKTIENGESELLSCHAFT



thyssenkrupp Corporate Archives

6

Verlagspostamt Oberhausen / Rheinland
Nur für Betriebsangehörige · April 1958



Nanu — soviel Farbenfreude in unserem Werk? Das sieht beinahe so aus wie ein Nest mit bunten Ostereiern. Aber obwohl die Ostertage gerade hinter uns liegen, hat das Ganze mit Ostern ziemlich wenig zu tun. Vielleicht nur so viel: Ostern ist unter anderem das Fest des Frühlingserwachens — hoffentlich erwachen nun auch die letzten Belegschaftsmitglieder aus ihrer Gleichgültigkeit den Unfallgefahren gegenüber. Das allererste, was zur Verhütung von Unfällen gemacht werden kann und was man von jedem Kollegen erwarten muß: daß er einen Schutzhelm trägt! Welcher Helm speziell für ihn in Frage kommt, zeigt unser Titelbild. Eine richtige kleine Schutzhelm-Modenschau wurde zu Ehren des Fotografen abgehalten. Die vor einigen Jahren eingeführten schwarzen Helme für die Belegschaft dürften inzwischen in allen Betrieben bekannt sein. Für Neulinge und innerbetrieblich Umbesetzte, die ja ebenfalls neu an ihrem jeweiligen Arbeitsplatz sind, wurden jetzt grüne Helme ausgegeben. Grün ist die Farbe der Hoffnung: hoffen wir, daß die besonders hohen Unfallzahlen der Neulinge durch diese Helme zurückgehen! Daß Besucher, die fast jeden Tag im Werk auftauchen, seit dem vorigen Jahr einen weißen Schutzhelm tragen, werden auch schon die meisten gemerkt haben. Sprengleute tragen der Gefährlichkeit ihrer Aufgabe wegen einen auffallend roten Helm. Die Unternehmerarbeiter schließlich erkennen wir an ihren gelben Helmen. Fünf Farben — — fünfmal Sicherheit!

JAHRGANG 9 8. APRIL 1958 6

Vorurteile beseitigen
+
Es ist höchste Zeit
+
Aus der Belegschaftsentwicklung
+
Was halten Sie von Obligationen?
+
Wie man Magengeschwüre züchtet
+
Leipziger Allerlei
+
Das haben wir erlebt
+
Au Backe, mein Zahn!

ECHO DER ARBEIT Herausgeber: Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft. Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger. Redaktion: Karl-Heinz Sauerland und Manfred Okroy, Oberhausen (Rheinland), Essener Straße 66 (Hauptverwaltung). ECHO DER ARBEIT ist eine zweimal monatlich erscheinende Werkzeitschrift für die Mitarbeiter der Hüttenwerk Oberhausen AG. Die Zustellung erfolgt kostenlos. — Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten, Oberhausen (Rhld.). Klischees: Vignold, Essen.

Vergessen?

„Wenn ein Sturm abgezogen ist" — so schrieb ein bekannter deutscher Leitartikler kurz nach dem Höhepunkt der ungarisch-ägyptischen Krise —, „glätten sich die Wogen, richten sich die Grashalme wieder auf. So ist es in der Natur, so ist es auch bei uns Menschen." Nun, ja — das Leben geht weiter. Es ist auch nach 1945 weitergegangen. Aber machen wir es uns nicht zu einfach? Denn es ist nicht gut, daß immer nur die großen, die schrecklichen Ereignisse uns aufrütteln und zum Nachdenken zwingen. Schon vieles wäre gewonnen, wenn auch die kleinen Geschehnisse des täglichen Lebens hin und wieder unsere Aufmerksamkeit fänden. Wenn wir uns doch immer der eigenen persönlichen Verantwortung bewußt wären. Wenn wir doch öfter auch über politische Dinge nachdenken würden. Ich meine, es würde dann manches besser werden.

Aber vielleicht geht es uns wirklich zu gut. Nicht allen, aber vielen. Möglicherweise sind wir wirklich zu satt, um uns noch Gedanken darüber zu machen, wie es uns einmal ergangen ist. Kaum Beachtung gefunden hat eine Notiz, die sich vor kurzem in fast allen Zeitungen fand. Tag für Tag, so stand da schwarz auf weiß, werden in den Abfallkörben der westdeutschen Schulen mehrere hunderttausend Butterbrote gefunden, die von Schulkindern achtlos weggeworfen werden. Die Zeiten sind längst vergessen, als noch jede Scheibe Brot den Kindern abgezählt wurde, als die Brotmarke den Verzehr des Brotes regelte, als hinter dem Stacheldraht der Kriegsgefangenenläger ansonsten besonnene Männer mit gierigen Fingern die Mülltonnen der Wachmannschaften durchwühlten, um ein paar Kartoffelschalen gegen den Hunger zu finden. — Ist das wirklich alles vergessen, obwohl es kaum mehr als zehn Jahre zurückliegt?

Es ist bestimmt nicht immer gut, daß wir unangenehme Erinnerungen allzu leicht zu löschen vermögen. Das gilt natürlich in erster Linie für uns, die wir uns erwachsen nennen. Für die Jugend — um auf die Butterbrote zurückzukommen — aber spricht die Tatsache, daß sie die Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre wohl kaum mit Bewußtsein erlebte, den Dingen zeitlich so sehr entrückt ist, daß sie von alledem nur noch vom Erzählen her wissen kann. Wir müssen uns daran erinnern, daß die heute Achtzehnjährigen damals, als der Krieg zu Ende ging, fünfjährige Kinder waren. Gemessen am Leben eines Achtzehnjährigen aber sind zwölf oder dreizehn Jahre geradezu eine Ewigkeit. So schnell ist jene unheilvolle Zeit also hinter uns geblieben, daß eine inzwischen herangewachsene jüngere Generation kaum noch Beziehungen zu ihr hat. Das mag von Vorteil sein, gleichzeitig aber muß es bedenklich stimmen.

In einer westdeutschen Großstadt wurde für die oberen Klassen der höheren Schulen kürzlich das „Tagebuch der Anne Frank" aufgeführt. Die erschütternde Geschichte jenes jüdischen Mädchens, das im Jahre 1944 zusammen mit seinen Eltern in Amsterdam verhaftet und nach Auschwitz verschleppt wurde, wo die Mutter starb; sein sechzehnjähriges Leben endete in Bergen-Belsen. Nun muß man zugutehalten, daß dieses Tagebuch von einem halben Kind geschrieben wurde, und nur so ist es zu verstehen, daß trotz allem Ernst, trotz der sich vollziehenden menschlichen Tragödie, zwischen den Zeilen manchmal die nur einer kindlichen Seele innewohnende Fröhlichkeit aufblitzt. Dabei erhob sich im Zuschauerraum — als handele es sich um ein Lustspiel — jedesmal schallendes Gelächter. Die Theaterleitung war drauf und dran, die Vorstellung abzubrechen. Der Intendant sprach von einer „Blamage für die Jugend", da siebzehn- und achtzehnjährige junge Leute sich als nicht reif genug erwiesen, um die aufwühlende Kraft dieses Martyriums überhaupt zu vernehmen. Eine Zeitung versuchte die Angelegenheit damit zu entschuldigen, indem sie die Meinung vertrat, daß die Schwere jener Zeit in der Vorstellungswelt der jungen Menschen von heute einfach keinen Platz mehr finde, weil es für die im Wirtschaftswunder-Dasein herangewachsene Generation unfaßbar sein müsse, in welchen Wahn hinein die Menschheit sich zu steigern vermöge.

Und doch liegt das alles erst wenige Jahre zurück. Gewiß aber darf der erwähnte Fall nicht zu falschen Schlüssen führen. Was heißt es schon, wenn ein paar Jugendliche über einigen aufheiternden Worten den tiefen Ernst eines Bühnenstückes für einen Moment übersehen. Ich glaube, daß die deutsche Jugend sehr wohl weiß und aus tiefstem Herzen verabscheut, was zur ewigen Schande des deutschen Namens während des Dritten Reiches geschah. Zu Anne Franks Grab pilgert heute die deutsche Jugend. Letztlich ist es der Dichter Ernst Schnabel, der seinem soeben erschienenen Buch „Anne Frank — Spur eines Kindes" die Widmung voransetzte: „Für meine Kinder, damit sie es wissen . . ."

Aber kann man nicht manchmal den Eindruck haben, daß auch wir Älteren die Schrecknisse dieser schweren Zeit bereits vergessen haben? Haben wir wirklich aus der Vergangenheit gelernt? Aus der Vergangenheit dieses zwölfjährigen Reiches, das soviel Unheil anrichtete, daß es für die angeblich „Tausend Jahre" ausreicht? Es wäre verfehlt, wollte uns der Leidensweg der Anne Frank, der durch seine literarische Aussagekraft inzwischen der ganzen Welt bekannt ist, nur als Einzelschicksal beschäftigen. Das Martyrium eines einzelnen Geschöpfes, so herzergreifend es auch ist, hebt uns nicht aus der Verantwortung für den Tod von Millionen heraus.

Hoch klingen die Worte von Prof. Carlo Schmid, der in einem Vortrag an der Warschauer Universität in diesen Tagen erklärte, daß die im Namen Deutschlands begangenen namenlosen Verbrechen nicht vergessen werden dürften: „Ich weiß", sagte der Vizepräsident des Bundestages, „daß solche Untaten durch nichts gutgemacht werden können. Vielleicht können sie vergeben werden, aber darum darf man vielleicht nicht einmal bitten. Vielleicht können wir nach diesen schrecklichen Jahren eine Welt aufbauen, in der unsere Kinder nicht mehr daran glauben, was wir als Wirklichkeit erleben mußten." Das ist genau das, was wir durch diesen Artikel zum Ausdruck zu bringen versuchten.

K. H. S.

thyssenkrupp Corporate Archives

Schnappschüsse

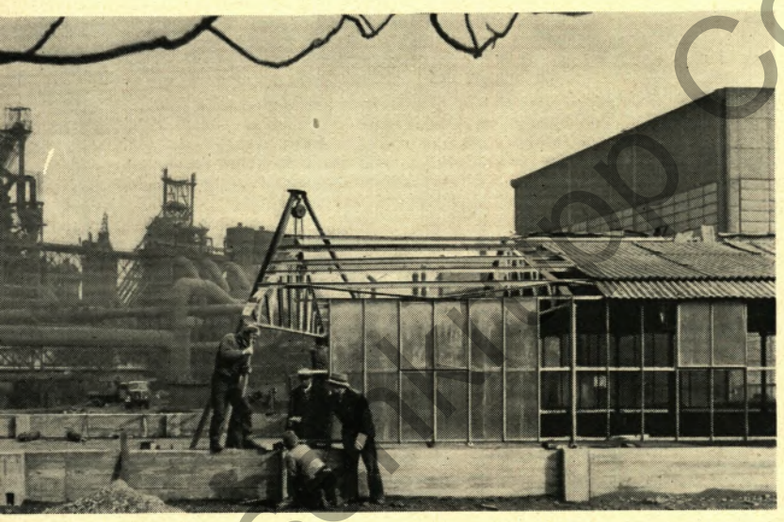


▲ Absolventen des Oberhausener Instituts zur Erlangung der Hochschulreife besichtigten unser Werk. Bekanntlich hat dieses Institut es sich zur Aufgabe gemacht, im Berufsleben stehende junge Menschen auf das Abiturientenexamen vorzubereiten.



▲ Auf der Platzanlage des Turnerbundes wurde der erste Spatenstich getan zum Bau der Turnhalle des TBO. Hier begutachtet die Jugend aus dem Knappenviertel das Modell. In unserem Wohngebiet nimmt man regen Anteil am Geschick des Turnerbundes.

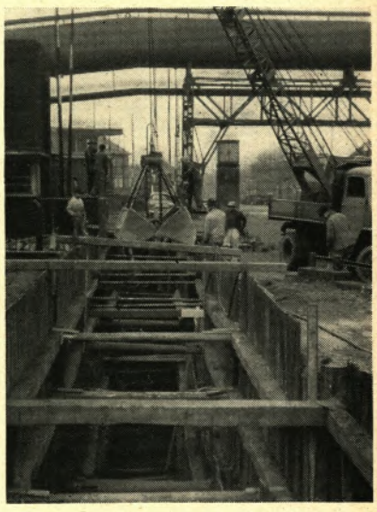




▲ Nach dem Bau des großen Kühlturms auf EO II und den Gleisverlegungen ist jetzt mit den Ausschachtungsarbeiten für die Möllerung des neuen Hochofens begonnen worden. Hier wird dann der Erzbunker errichtet.

◀ Der Bau des Hochofens bringt zugleich eine Anzahl von Nebenarbeiten mit sich. So wird die Fahrradhalle an der Karl-Lueg-Straße abgerissen. Sie ist teilweise hinter dem Pförtnerhaus Tor 6 wieder neu aufgebaut.

Ebenfalls für den Hochofen A müssen neue Abwasserrohre verlegt werden. An der Essener Straße, gleich am Eingang zum Kraftfahrzeugbetrieb, werden die ersten der 1200-mm-Rohre in einer Tiefe von 7 m in die Erde gelassen. ▶



Zu einer Blutspendeaktion hatte das DRK die Belegschaft des Werkes Gelsenkirchen aufgerufen. 160 Werksangehörige stellten sich dem Blutspendedienst freiwillig zur Verfügung. Auf unserem Bild ist es der Pförtner Anton Birkner. ▼

Von der Polizeidirektion ausgezeichnet wurden vier unserer Werkschutzleute, die zu nächtlicher Stunde eine Bande von Autodieben, die sich auf einem unserer Parkplätze zu schaffen machte, hinter Schloß und Riegel brachten. Im Polizeipräsidium (unser Bild) wird der Vorfall noch einmal rekonstruiert. Von links nach rechts die öffentlich Belobigten Feld, Kamke, Fulle und Koenen. ▼





thyssenkrupp Corporate Archives

Arbeitsdirektor Bernhard Boine, Krefeld:

Vorurteile beseitigen

GESELLSCHAFTSPOLITISCHE GRÜNDE SPRECHEN FÜR DIE MONATSLÖHNUNG

Die monatliche Lohnzahlung wird nach wie vor in den Betrieben stark diskutiert. Wie bei jeder neuen Maßnahme, so gibt es auch hier Befürworter und Gegner. Aber die Entwicklung ist nicht aufzuhalten: Die Einführung der monatlichen Lohnzahlung ist zu einer Forderung der Zeit geworden. Im Vertrauen zueinander muß dieses Problem zwischen Werksleitung und Betriebsvertretung gelöst werden. Schon allein gesellschaftspolitische Gründe, in erster Linie die immer mehr fortschreitende Angleichung zwischen Arbeitern und Angestellten, lassen die monatliche Lohnzahlung als unumgänglich erscheinen. Der vielfach erhobene Vorwurf, daß die Arbeiterschaft nicht fähig sei, über einen Monat hinweg mit ihrem Geld zu disponieren, ist in einzelnen Werken schon längst widerlegt worden. In diesem Zusammenhang veröffentlichen wir nachstehend ein Gespräch, das wir in diesen Tagen mit Bernhard Boine, dem Arbeitsdirektor der Deutsche Edelstahlwerke AG, führten, in deren Werk Krefeld die monatliche Lohnzahlung seit dem 1. Januar 1958 durchgeführt wird. Arbeitsdirektor Boine beantwortete freimütig unsere Fragen.

Frage: „Wieviel Arbeiter sind es, für die bei Ihnen die monatliche Lohnzahlung eingeführt wurde?"

Antwort: „Zunächst wurde die monatliche Lohnzahlung für die 6000 Mitarbeiter unseres Werkes Krefeld verwirklicht. Für die Belegschaftsmitglieder unserer Werke in Remscheid, Bochum, Dortmund und Werdohl bemühen wir uns, den Lohnzahlungsrhythmus dahingehend zu ändern, daß wir von der wöchentlichen Lohnzahlung auf eine vierzehntägige Zahlungsweise übergehen. Aber auch hier ist die Verwirklichung der monatlichen Lohnzahlung das Ziel, das wir vor Augen haben."

Frage: „Welches sind in der Praxis die Vorteile, die sich im Gegensatz zu dem alten Lohnzahlungssystem durch die monatliche Lohnzahlung ergeben?"

Antwort: „Jetzt erwarten Sie bitte nicht, daß ich Ihnen zuerst Rationalisierungsmerkmale oder verwaltungstechnische Einsparungsmaßnahmen, etwa in den Lohnbüros, aufzähle. Das sind Selbstverständlichkeiten, also von zweitrangiger Bedeutung. Entscheidend für uns waren die gesellschaftspolitischen Gründe, die für die monatliche Lohnzahlung sprechen."

Frage: „Danach sehen Sie in der monatlichen Lohnzahlung einen weiteren wesentlichen Schritt für eine allmähliche Angleichung der Arbeiter an den Status der Angestellten?"

Antwort: „Jawohl. Genau so ist es. — — Schließlich darf man nicht verkennen, daß wir im Zuge einer immer größer werdenden technischen Vervollkommnung den Produktions- und Verwaltungsprozeß mit immer mehr technischen Raffinessen ausstatten, während sich gleichzeitig die Bezahlung der Arbeiter noch in den Formen der Tagelöhnerzeit abspielte. Allein schon dieser Umstand kann bei vielen Mitarbeitern im Lohnverhältnis ein Minderwertigkeitsgefühl gegenüber den Angestellten hervorrufen."

Frage: „Auch bei uns liegen die fertig auskalkulierten Pläne für die monatliche Lohnzahlung bereits in der Schublade. Es würde uns deshalb einmal ganz besonders interessieren, welche Schwierigkeiten Sie zu überwinden hatten, um zur monatlichen Lohnzahlung überzugehen."

Antwort: „Sie meinen wohl die psychologischen Schwierigkeiten."

Frage: „Bitte, wenn Sie uns darüber etwas sagen könnten."

Antwort: „Zuallererst kommt es darauf an, die Mitarbeiter von den Vorteilen der Monatslöhnung zu überzeugen und mit Vorurteilen aufzuräumen. In diesem Sinne haben wir sowohl in der Werkzeitung als auch in den Belegschaftsversammlungen und nicht zuletzt auch durch Aufklärung des Vertrauensmännerkörpers ganze Arbeit geleistet..."

Frage: „Ja, aber hat denn der Betriebsrat so ohne weiteres mitgezogen?"

Antwort: „Da schneiden Sie eine Frage an, deren Beantwortung mir sehr am Herzen liegt und auf die ich ohnehin zu sprechen gekommen wäre. — — Unser Betriebsrat hat nämlich gegenüber dem Problem der monatlichen Lohnzahlung nicht nur eine positive Haltung eingenommen, der Betriebsrat hat nicht nur mitgezogen, sondern die monatliche Lohnzahlung geradezu zu einer Forderung erhoben..."

Frage: „Das ist bemerkenswert. Aber hat..."

Antwort: „Das sollte eigentlich gar nicht so erstaunlich sein, wenn man berücksichtigt, daß der Betriebsrat hier aus sozialem und gesellschaftspolitischem Verantwortungsgefühl heraus gehandelt hat. Ich glaube sagen zu können, daß unser Betriebsrat die Zeichen der Zeit verstanden hat, indem er von sich aus das Problem der monatlichen Lohnzahlung anpackte."

Frage: „Und was sagt die Belegschaft?"

Antwort: „Es ist natürlich schwer, schon jetzt, nachdem die monatliche Lohnzahlung bei uns erst im dritten Monat praktiziert wird, ein endgültiges Urteil abzugeben. Im allgemeinen aber glaube ich wohl sagen zu dürfen, daß die große Mehrheit der Belegschaft — wenn sie wieder erneut vor die Alternative gestellt werden sollte: neuer oder alter Lohnzahlungsrhythmus? — sich für die Monatslöhnung aussprechen würde."

Frage: „Meinen Sie, daß auch die Ehefrauen der Belegschaftsmitglieder sich inzwischen an die monatliche Lohnzahlung gewöhnt haben?"

Antwort: „Sicher mußten sich viele Frauen erst einmal mit der veränderten Situation abfinden. Zweifellos war das für manche Hausfrau nicht immer ganz einfach. Aber inzwischen dürfte die Umgewöhnung erfolgt sein. Denn bestimmt bedeutet für viele Familien die monatliche Lohnzahlung eine Vereinfachung der familiären Haushaltführung, da bei der Monatszahlung ein größerer Betrag als bisher für Anschaffungen zur Verfügung steht. Das bedeutet gleichzeitig eine Förderung des Barkauf-Gedankens."

Frage: „Wie machen Sie es mit der Abschlagzahlung? Während der Angestellte ein bekanntlich kaum variierendes Gehalt erhält, bekommen die Arbeiter einen Lohn, der wegen der unterschiedlichen Akkordergebnisse, Überstunden, Sonn- und Feiertagszuschläge usw. nicht vorausberechnet werden kann. Zahlen Sie weiter Abschläge?"

Antwort: „Unser Lohnabrechnungswesen ist so durchorganisiert, daß die am Monatsletzten fälligen Nettolöhnungen bis auf den Entgelt für zwei bis drei Schichten ohne weiteres berechnet werden können. Das sieht in der Praxis dann so aus, daß am 28. März ein für die Zeit vom 1. März bis 28. März berechneter Abschlag gezahlt wird. Hinzukommt der Restlohn Februar, und zwar für den 26. bis 28. Februar, da der Februar-Zahltag, an dem dann auch der Restlohn für den 27. bis 31. Januar ausgezahlt wurde, am 27. Februar war. Der Restlohn März, also für den 29. bis 31. März, kommt dann mit dem April-Lohn am 30. April zur Auszahlung. Das hört sich kompliziert an, ist aber, wenn man sich einmal mit dem Schema vertraut gemacht hat, relativ einfach zu verstehen. Außerdem haben wir

Vorschläge zur Einführung der monatlichen Lohnzahlung

Nachstehend geben wir den Inhalt der drei Vorschläge wieder, die in bezug auf die vorgesehene Einführung der monatlichen Lohnzahlung dem Betriebsrat unterbreitet wurden. Die Veröffentlichung beschränkt sich darauf, die wesentlichsten Merkmale der Vorschläge unter gleichzeitiger Angabe der Überbrückungsmöglichkeit kurz zu skizzieren und den Übergang ebenfalls in knapper Form daten- und zahlenmäßig aufzuzeigen.

Vorschlag 1

Lohnzahlung:	**15. jeden Monats**
Lohnzahlungszeitraum:	**1. bis Letzter des Vormonats unter vollständiger Abrechnung des Lohnes**
Umstellungsmöglichkeit:	**Sofort**
Überbrückungshilfe:	**Für den Übergang ist die Zahlung einer Überbrückungshilfe in Höhe von 5/6 eines Netto-Monatseinkommens vorgesehen, die in 10 bis 15 Monatsraten wieder einbehalten werden soll**

Vorschlag 2

Lohnzahlung:	**20. jeden Monats**
Lohnzahlungszeitraum:	**Restlohn des Vormonats vom 16. bis 30. mit Abrechnung und Abschlagszahlung für die Zeit vom 1. bis 15. des laufenden Monats**
Umstellungsmöglichkeit:	**Sofort**
Überbrückungshilfe:	**1/6 eines Netto-Monatseinkommens für 14 Tage oder 1/2 Netto-Monatseinkommen, das in 6 bis 9 Monatsraten wieder einbehalten werden soll**

Vorschlag 3

Lohnzahlung:	**20. jeden Monats**
Lohnzahlungszeitraum:	**Restlohn des Vormonats vom 16. bis 30. mit Abrechnung und Abschlagszahlung für die Zeit vom 1. bis 15. des laufenden Monats**
Umstellungsmöglichkeit:	**Nach einer 7monatigen Überbrückungszeit**
Überbrückungshilfe:	**Keine**

Die Umstellung erfolgt durch kontinuierliche Verschiebung von Lohnberechnungszeitraum und Lohnzahlungstermin unter jeweiliger Kürzung des Auszahlbetrages um einen Schichtverdienst je Lohnzahltag. Nach einem Übergangszeitraum von 7 Monaten ergibt sich automatisch die Möglichkeit der Umstellung auf einmalige Lohnzahlung.



„Mir paßt es nicht! Ich habe nämlich die Befürchtung, daß ich dann auch nur einmal im Monat von meiner Frau Taschengeld bekomme!"

thyssenkrupp Corporate Archives

Es ist höchste Zeit!

Der technische Fortschritt aus dem Osten rollt auf uns zu
Unsere Wissenschaft gerät immer mehr ins Hintertreffen

„Wissenschaft ist unser tägliches Brot, denn ohne Wissenschaft werden wir künftig unser Brot nicht mehr haben." Dieser Satz wurde vor Jahren einmal von Bundespräsident Heuss ausgesprochen. Diese Feststellung trifft buchstäblich den berühmten Nagel auf den Kopf, weil sie die existentielle Bedeutung charakterisiert, die die Zukunft von Wissenschaft und Forschung für uns hat. Was hier aufgezeigt werden soll, ist alarmierend; es ist aber schon so oft gesagt worden, daß man sich kaum einzubilden braucht, es werde viel nützen. Der Rektor einer Universität der Bundesrepublik äußerte vor kurzem: „Man scheint der Meinung zu sein, der Notstand unserer Hochschulen sei schon dadurch behoben, daß darüber in den Zeitungen einige einsichtsvolle Artikel erscheinen, und daß im Bundeshaushalt minimale Fonds ausgewiesen werden ... Die Dinge sind viel elementarer. Wir haben keine Räume und keine Hilfskräfte. Infolge einer kurzsichtigen und deklassierenden Besoldungspolitik geraten wir in immer ärgere Schwierigkeiten. In Trauben stehen die Studenten vor den geöffneten Türen der Hörsäle, weil sie weder einen Platz in den Bänken, noch auf dem Fußboden der Vorlesungsräume finden."

Diesen Worten eines westdeutschen Universitätsprofessors darf man die Äußerungen des Professors Kurt Hager gegenüberstellen, eines Sekretärs des Zentralkomitees der SED, der vor kurzem die Hauptansprache vor der Hochschulkonferenz in Ostberlin hielt. Er sagte: „Heute haben wir in der DDR 46 Universitäten und Hochschulen mit insgesamt 87 823 Direkt- und Fernstudenten. An Stipendien wurden allein im Jahre 1957 etwa 156 Millionen Mark ausgegeben. Während in Westdeutschland im Jahre 1956 auf eine Million Einwohner 2 550 Studenten kamen, waren es bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik 4 950 Studenten." Hager rief dann triumphierend aus: „Mit Stolz können wir somit feststellen, daß wir in bezug auf die Entwicklung des Hochschulwesens Westdeutschland weit überlegen sind."

Ehe man zu weiteren Vergleichen und Schlußfolgerungen kommt, sei noch ein drittes Zitat vorgetragen. Karl Jaspers, einer der bedeutendsten Philosophen der westlichen Welt, schrieb in seinem Buch „Die Idee der Universität": „Die Universität verdankt ihre Wirklichkeit einer politischen Welt, in der der Grundwille herrscht, daß in ihr irgendwo eine reine, unabhängige, unbeeinflußte Wahrheitsforschung stattfinde . . . Dagegen würde ein Staat, der keine Selbsteinschränkung seiner eigenen Macht zuläßt, der vielmehr Angst hat vor den Folgen der reinen Wahrheitsforschung für seine Macht, niemals eine echte Universität zulassen." Es gibt keinen Zweifel darüber, daß nach dieser Definition von Jaspers die Universitäten im heutigen Mitteldeutschland keine Universitäten mehr sind. Wenn jetzt also Vergleiche angestellt werden, so müssen wir diese Tatsache immer im Auge behalten. Im totalen Staat wird auch die Universität und Hochschule zur Fachschule degradiert. Die reine, unabhängige, unbeeinflußte Wahrheitsforschung hat hier keinen Raum mehr, weil der kommunistische Staat keine Selbsteinschränkung seiner eigenen Macht zuläßt.

Es geht aber bei dem heutigen Wettlauf, bei der konkurrierenden Koexistenz zwischen den beiden Machtblöcken zunächst ganz massiv um die Effektivität der angewandten Wissenschaften. Und auf diesem Gebiet wird der Westen das Rennen mit tödlicher Sicherheit verlieren, wenn ihn nicht Sputniks und andere wissenschaftlich-technische Demonstrationen des Ostblocks aus seinem verhängnisvollen Schlummer wecken. Aus München vernehmen wir, daß sich 14 000 Studenten mit Räumen begnügen müssen, die nur für 6 000 Studenten ausreichen. Die Freie Universität Berlin, eine besonders exponierte Hochschule, hat 100 Lehrkräfte zu wenig. Die Kapazität dieser Hochschule endet normalerweise bei 6 000 Studenten. Es studieren hier aber 11 000 junge Menschen. In einer Denkschrift der deutschen Hochschul-Germanisten heißt es, die Seminare, die normalerweise nicht größer sein sollten als eine Schulklasse, werden von durchschnittlich 200 Studenten belagert. Viele von ihnen müssen stehen und schreiben auf den Knien. 280 Studenten kommen heute auf eine Planstelle für eine Lehrkraft. In der Bundesrepublik verdient ein Hochschullehrer selten mehr als 1200 Mark netto im Monat. Mancher Assistent geht mit 150 Mark monatlich nach Hause. In der Sowjetzone sind Gehälter von 4000 Mark monatlich für Hochschullehrer normal. Es gibt aber Kapazitäten ihres Faches, die nicht weniger als 15 000 Mark monatlich verdienen. Das Währungsgefälle Westmark—Ostmark kommt hierbei nicht so zur Geltung, denn die normalen täglichen Ausgaben stehen im Verhältnis 1:1; eher sind sie in der Sowjetzone niedriger.

Auch gemessen an den befreundeten westlichen Staaten steht die Bundesrepublik weit zurück. Nach einer Pressemeldung kommen auf 10 000 Atomfachleute in den USA 3000 in England, 1000 in Frankreich und nur 100 in der Bundesrepublik. In einigen Staaten wird das Vielhundertfache für die Wissenschaft ausgegeben im Vergleich zur Bundesrepublik.

Ein Fachmann behauptet, die wissenschaftliche Forschung in der Bundesrepublik sei, verglichen mit dem Ausland, auf den Stand von etwa 1930 zurückgefallen. An Stipendien für die Studierenden setzte der Bund 1957 30 Millionen Mark ein. Die wirtschaftlich viel schwächere DDR gab im gleichen Jahr 156 Millionen Mark für Stipendien aus. In der Bundesrepublik muß ein Drittel der Studenten auch während des Semesters arbeiten, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen. Der Student benötigt im Durchschnitt monatlich 300 Mark. Aber nur zwölf von 100 Studenten verfügen über mehr als 150 Mark monatlich. Die Stipendien in der Sowjetzone betragen zwischen 130 und 200 Mark im Monat; der Student hat aber hier so viele Vergünstigungen, daß er mit diesem Geld auskommen kann. Rund 90 Prozent aller Studierenden erhalten in der Sowjetzone Stipendien, und zwar Stipendien in ausreichender Höhe.

Es ist keine Übertreibung, wenn ein bedeutender Hochschullehrer in der Bundesrepublik behauptete, der Osten habe den Westen auf dem Gebiete der angewandten Wissenschaft bereits auf dramatische Weise überflügelt. Es heißt, daß die Hälfte aller Studenten der Welt in der Sowjetunion studieren. Das ist eine massivere Drohung als die Atomwaffe, denn der Atomkrieg wird voraussichtlich nie stattfinden; was aber bereits begonnen hat, ist der wirtschaftliche Konkurrenzkampf auf Biegen und Brechen zwischen Ost und West.

Hier nützt uns die noble Klage, der Student im Osten sei zum Fachschüler degradiert, nichts. Die Lawine materialistischer Wissenschaftlichkeit und der daraus resultierende technische Fortschritt rollt aus dem Osten auf uns zu. Auf lange Sicht ist das eine ernstere Bedrohung für alles, was wir für verteidigungswert halten, als die roten Divisionen und Raketen, die heute so sehr die politische Diskussion beherrschen. Man muß Alarm schlagen, denn wirklich: Wissenschaft ist heute unser tägliches Brot, und ohne Wissenschaft werden wir morgen unser Brot nicht mehr haben — unser Brot und unsere Freiheit auch nicht!

— nd.

---

in unserer Werkzeitung den genauen Löhnungsplan veröffentlicht, der klar und übersichtlich geordnet ist und es den Belegschaftsmitgliedern gestattet, sich eingehend zu orientieren."

Frage: „Welche Lösung haben Sie gefunden, um den Übergang von der vierzehntägigen Lohnzahlung zur Monatszahlung für die Arbeiter annehmbar zu machen? Haben Sie einen Überbrückungskredit gegeben?"

Antwort: „Die Frage danach, wie die Lohnempfänger die Zeit zwischen der Auszahlung des letzten Wochenlohnes bis zur Auszahlung des ersten Monatslohnes überbrücken sollen, wird ein nicht immer leicht zu lösendes Problem sein. Wir sind mit der Sache fertiggeworden, indem wir die Monatslöhnung am 1. Januar einführten, als kurz nach Zahlung des Weihnachtsgeldes viele Belegschaftsmitglieder die Möglichkeit hatten, ein kleines finanzielles ‚Polster' zu bilden. Außerdem haben wir einen Überbrückungskredit angeboten. Dieser Überbrückungskredit war sozial gestaffelt, Ledige und Verheiratete ohne Kinder waren ganz davon ausgenommen. Für Verheiratete mit einem und zwei Kindern wurden 100,— Mark gezahlt, für Mitarbeiter mit drei und vier Kindern 150,— Mark und für Mitarbeiter mit mehr als vier Kindern 200,— Mark. Die Rückzahlung erfolgt in monatlichen Raten von 25,— Mark. Die Tatsache, daß nur 26,5 % der Berechtigten den Überbrückungskredit in Anspruch genommen haben, ist als eine Abstimmung für die Monatslöhnung zu werten, wobei von den Kollegen, die den Überbrückungskredit in Anspruch nahmen, noch ein großer Teil zu den Bejahern gerechnet werden kann."

Erhard und Baade sind optimistisch

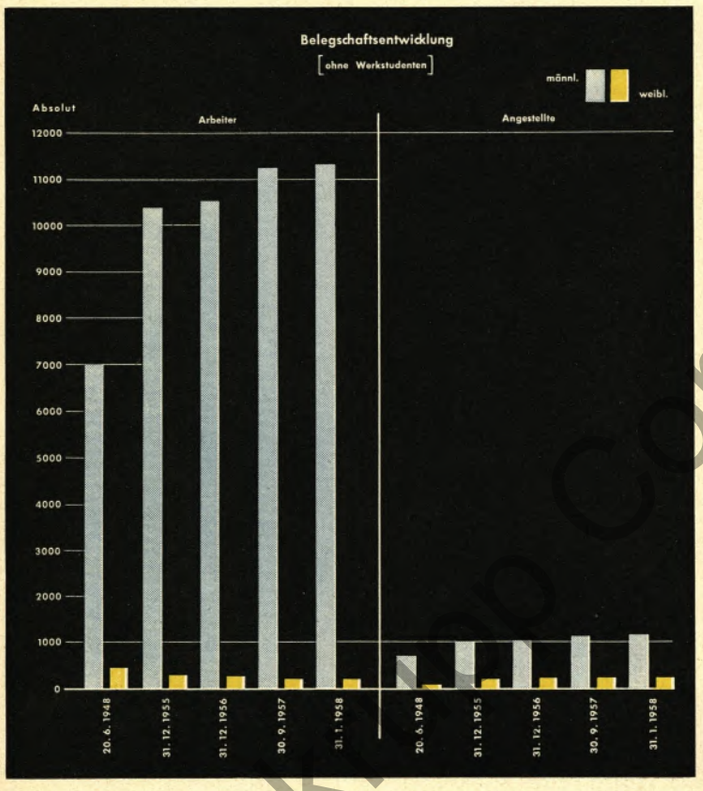
Bei der Eröffnung der Frankfurter Frühjahrsmesse äußerten sich Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard und der SPD-Wirtschaftsexperte Professor Baade, Leiter des Weltwirtschaftlichen Instituts der Universität Kiel, optimistisch über die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik. Erhard bezeichnete jede Furcht vor einer Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik als abwegig. „Wir sind noch mitten in der Konjunktur, und ich denke nicht daran, Wirtschaftsminister einer Wirtschaftskrise zu werden." Erhard bekannte sich zu einem unveränderten wirtschaftlichen Optimismus, appellierte jedoch an Unternehmer und Gewerkschaften, die geistige Anfälligkeit gegenüber Krisensymptomen abzulegen, Maß in der Lohn- und Preispolitik zu halten und damit Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk und der ganzen Welt zu zeigen. Auch Professor Baade, der auf der gleichen Veranstaltung über das Thema „Vollbeschäftigung ohne Inflation" sprach, sagte, daß die Bundesrepublik weiter optimistisch bleiben könne. Es gebe im Notfall ausreichende Abwehrmaßnahmen, um eine Wiederholung der Krise der dreißiger Jahre zu verhindern.

Aus der Belegschaftsentwicklung

Aus der Belegschaft heraus wurde vor einiger Zeit angeregt, die in den Belegschaftsversammlungen gegebenen Berichte durch statistische Schaubilder zu verdeutlichen. Die Werksleitung hat diesen Gedanken gerne aufgegriffen. Zum erstenmal wurden in der vergangenen Belegschaftsversammlung die Berichte der Werksleitung durch auf die Leinwand projizierte graphische Darstellungen erläutert. Direktor Hardung hob einleitend hervor, daß die Werksleitung die Obliegenheit einer Belegschaftsversammlung nicht darin sehe, nun alle Vierteljahre einen Berichterstatter aufs Podium zu schicken und die Zuhörer mit Zahlen zu bombardieren, sondern erblicke ihre Aufgabe vielmehr darin, durch ihre Berichte einen über die Veröffentlichungen in der Werkzeitschrift hinausgehenden Einblick in das Leben des Werkes und in die Arbeit der Betriebe zu geben. Vielleicht ist der Versuch, die in den Berichten erwähnten Zahlen durch graphische Darstellungen zu untermauern, ein Weg, um das zweifellos vorhandene große Interesse der Werksangehörigen noch weiter anzuregen. Jedenfalls kann man heute schon sagen, daß diese Art der Berichterstattung bei der Zuhörerschaft angekommen ist, der Versuch also vollauf gelungen ist. Um auch denjenigen Mitarbeitern, die an der letzten Belegschaftsversammlung nicht teilnehmen konnten, den notwendigen Einblick in die Zusammenhänge zu geben, veröffentlichen wir auf diesen beiden Seiten einige Statistiken und verschiedene Angaben hierzu, mit denen Direktor Hardung die Belegschafts- und Lohnentwicklung der letzten Jahre skizzierte. Die angeführten Werte beziehen sich ausschließlich auf Oberhausen, das Werk Gelsenkirchen ist darin nicht berücksichtigt.

Die Arbeitszeitverkürzung wirkte sich aus

Zunächst ein Überblick über die Belegschaftsentwicklung seit der Währungsreform. Am 20. Juni 1948 hatten wir eine Belegschaft von



rund 7000 Arbeitern, die dann bis Ende 1956 auf 10 500 Mann anstieg. Darin kommt zum Ausdruck die Erweiterung unserer Betriebsanlagen, der Übergang zu Mehr-Schicht-Betrieben und was sich im Laufe der Jahre sonst noch alles innerhalb des Arbeitsablaufs ergab. Dazu zeigt der kleine Anstieg von 1955 auf 1956 zum Teil die Belegschaftsvermehrung, die infolge der Arbeitszeitverkürzung im Hochofenbetrieb vorgenommen wurde. Die in der Statistik deutlich erkennbare Belegschaftsvermehrung des Jahres 1957 ist zurückzuführen auf die Einführung der 45-Stunden-Woche, zu deren Durchführung rund 750 Neueinstellungen vorgenommen werden mußten. Am 31. Januar 1958 betrug die Belegschaftsstärke nunmehr 11 275 männliche Mitarbeiter.

Und nun die Entwicklung auf der Frauenseite: Im Gegensatz zu den Männern erscheint der Anteil der weiblichen Mitarbeiter am Belegschaftsstand relativ unbedeutend. Das ist aber nicht nur zahlenmäßig zu werten, sondern sieht in Wirklichkeit etwas anders aus. Gerade die bei uns beschäftigten Frauen haben in den Jahren, in denen die Männer fehlten, ihre Pflicht getan. Aber es ist natürlich, und das liegt in der Eigenart der Hüttenwerksarbeit begründet, daß mit fortschreitender Verbesserung der Arbeitsmarktlage viele Frauen uns wieder verlassen haben. Im Juni 1958 wurden im Lohnverhältnis 485 Frauen beschäftigt, heute sind es nur noch 215. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um Frauen, die in der Wärmeabteilung als Diagramm-Auswerterinnen, in der Versuchsanstalt und in den Sozialbetrieben eingesetzt sind, ferner als Küchenhilfen, Putzfrauen und Botinnen. Also alles Tätigkeiten, die man den Frauen noch zumuten kann.

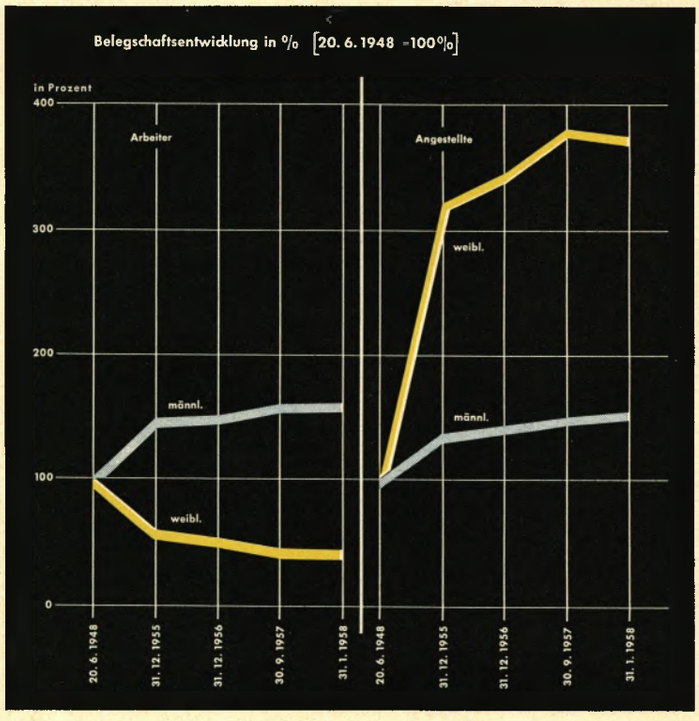
Auf der rechten Seite des Schaubildes ist die entsprechende Entwicklung auf der Angestelltenseite aufgezeichnet. Am Tage der Währungsreform zählte die Hüttenwerk Oberhausen AG 744 männliche Angestellte. Mit der Erweiterung der Aufgaben stieg diese Zahl bis zum 31. Januar 1958 auf 1 153. Hierzu muß allerdings bemerkt werden, daß der Unterschied zwischen den beiden letztgenannten Zahlen nicht eine echte Vermehrung durch Neueinstellungen darstellt. In dieser Zahl sind 160 Angestellte enthalten, die — im letzten Geschäftsjahr allein 78 — aus dem Lohnverhältnis in das Angestelltenverhältnis überführt worden sind, so daß — von außen gesehen — der echte Personalanstieg auf dem Angestelltensektor geringer war. Ebenso ist der Hinweis notwendig, daß im Zuge der Arbeitszeitverkürzung, die auf der Arbeiterseite 700 Neueinstellungen erforderte, auf der Angestelltenseite nicht eine einzige Kraft zusätzlich eingestellt wurde.

Im Gegensatz zu der Entwicklung auf der Arbeiterseite, wo die Zahl der beschäftigten Frauen sich zurückentwickelte, ergibt sich ein zahlenmäßiger Anstieg der im Angestelltenverhältnis bei uns tätigen Frauen. Das erklärt sich dadurch, daß im wesentlichen durch eine Mechanisierung der Büroarbeit die Aufgabenbereiche auf dem Angestelltensektor sich so entwickelten, daß hier sinnvoll Frauen eingesetzt werden konnten, sich darüber hinaus sogar typische Frauenarbeitsplätze ergaben. So ist die Zahl der weiblichen Angestellten von 64 am 20. Juni 1948 bis auf heute 240 angestiegen, worin allerdings auch wieder 30 Frauen enthalten sind, die im Laufe der Zeit aus dem Lohnverhältnis ins Angestelltenverhältnis übernommen wurden.

Die Gesamtzahl der Belegschaft, Arbeiter und Angestellte zusammen, ist seit der Währungsreform um 4 576 Mitarbeiter angestiegen. Interessant ist in diesem Zusammenhang noch ein Blick auf die Fluktuation. Seit dem Währungsstichtag sind auf der Arbeiterseite 13 748 Menschen eingestellt worden und 9 757 ausgeschieden, teils echt ausgeschieden, teils in Pension gegangen oder verstorben. Auf der Angestelltenseite stehen im selben Zeitraum 1 093 Einstellungen 513 Abgänge gegenüber.

Belegschaftsstärke prozentual errechnet

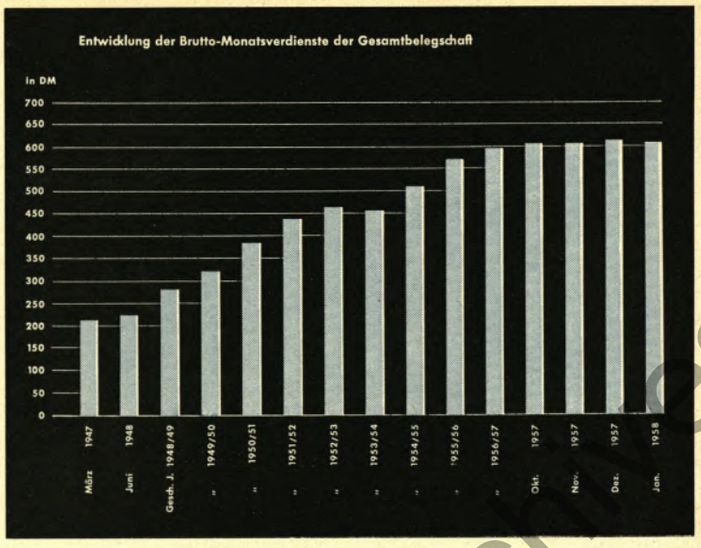
Auch hier soll noch einmal von der Belegschaftsentwicklung die Rede sein. Und zwar soll versucht werden, die Entwicklung in Prozentwerten zum Ausdruck zu bringen. Auf der linken Seite der Statistik die prozentualen Werte für den Arbeitersektor, rechts für



thyssenkrupp Corporate Archives

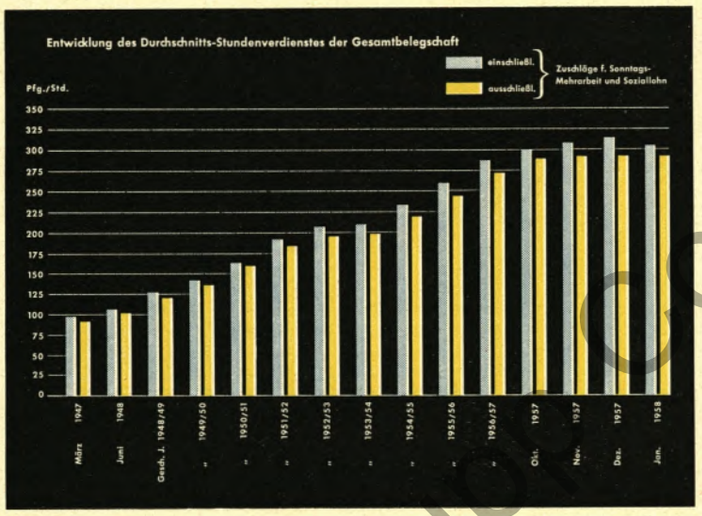
den Angestelltenbereich. Der Ausgangspunkt, der 20. Juni 1948, ist 100. Danach haben wir auf der Arbeiterseite, bei den Männern, heute einen Stand von 161 erreicht; das bedeutet eine Vermehrung um 61 Prozent. Bei den männlichen Angestellten zeigt sich ein Anwachsen der Belegschaftsstärke um 55 v. H. Das Ansteigen der Belegschaftszahl zeigt sich also auf der Arbeiterseite stärker als bei den Angestellten. Das erscheint jedoch keineswegs unnatürlich, denn wir müssen berücksichtigen, daß 1948 noch in vielen Betrieben nur ein- oder zweischichtig gearbeitet wurde, während jetzt in den Produktionsbetrieben überwiegend dreischichtig gearbeitet wird. Allerdings muß auch wieder geltend gemacht werden, daß die Zahl 155 auf der Angestelltenseite einer echten Vermehrung von draußen nicht entspricht. Wenn man die aus dem Lohnverhältnis ins Angestelltenverhältnis überführten Werksangehörigen unberücksichtigt läßt, würden wir auf 133 kommen, was einer Zunahme um 33 Prozent entspricht.

Die schon im vorigen Abschnitt erwähnte Verminderung der weiblichen Arbeitskräfte auf dem Arbeitersektor, der eine Zunahme bei den weiblichen Angestellten gegenübersteht, zeigt sich in Prozentwerten besonders deutlich. Während die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen um 56 Prozent zurückging, stieg die der weiblichen Angestellten um 275 v. H.



Durchschnitts-Stundenverdienst stieg an

Ausgehend von März 1947, das ist der Monat, in dem unsere Firma in der jetzigen Rechtsform gegründet wurde, wird in der folgenden Darlegung die Entwicklung der durchschnittlichen Stundenverdienste aufgezeichnet. Die blauen Säulen veranschaulichen die Entwicklung einschließlich Mehr-, Sonn- und Feiertagszuschlägen, und die gelben Säulen zeigen die Stundenverdienste ausschließlich dieser Zuschläge.



In allen Fällen liegt natürlich die Säule einschließlich der Zuschläge höher als die, in der die Zuschläge nicht enthalten sind. Allerdings zeigt die Darstellung auch, obwohl das optisch nicht deutlich genug zum Ausdruck kommt, daß in einzelnen Monaten, etwa im November oder im Dezember, der Anteil der Zuschläge größer ist als sonst. Das erklärt sich dadurch, daß durch mehrere Feiertage der Anteil der Feiertagszuschläge in diesen Monaten besonders hoch ist.

Wenn man einmal das prozentuale Verhältnis ausrechnet, um wieviel der Verdienst einschließlich der Zuschläge über dem Normallohn (das ist der Lohn ohne Zuschläge) liegt, so ergeben sich folgende Zahlen: Im Geschäftsjahr 1948/49 lag der Durchschnitts-Stundenverdienst rund 5,8 Prozent über dem Verdienst ausschließlich der Zuschläge, im Jahre 1952/53 log er 6,2 Prozent darüber und im Oktober 1957 nur noch 3,7 Prozent. In diesen Zahlen kommen die Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung, aber auch die ständigen Bemühungen der Werksleitung und des Betriebsrats um Einschränkung der Sonntagsarbeit zum Ausdruck.

Insgesamt ist der Durchschnitts-Stundenverdienst einschließlich Zuschlägen von März 1947 bis Ende des vergangenen Jahres von 0,98 DM auf über 3,00 DM angestiegen. Der durchschnittliche Stundenverdienst ohne Zuschläge stieg von 0,93 DM im März 1947 auf 2,90 DM heute. Die reale Entwicklung des durchschnittlichen Stundenlohnes — jedenfalls vom Durchschnitt des Geschäftsjahres 1956/57 ab gerechnet — kommt in diesen Zahlen allerdings nur zum Teil zum Ausdruck, da man berücksichtigen muß, daß die Stundenverdienste, ohne daß sie sich echt auf die Stunde bezogen haben, gestiegen sind durch den Lohnausgleich, der im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung gezahlt wird.

Die Entwicklung des Monatsverdienstes

Das nächste Kapitel behandelt für den gleichen Zeitraum die Entwicklung der durchschnittlichen Monatsverdienste. Der Durchschnitts-Monatsverdienst — da ist nun alles drin mit Ausnahme der Weihnachtszuwendung und der Jahresabschlußvergütung — lag im März 1947 bei 214,— DM und im Januar dieses Jahres bei 609,— DM. Im Geschäftsjahr 1956/57 — das ist das Jahr, in dem am 1. April die Arbeitszeitverkürzung größeren Stils begann — betrug der durchschnittliche Brutto-Monatsverdienst 593,— DM. In folgenden Monaten, im Oktober und November 1957 jeweils 606,— DM, im Dezember des letzten Jahres 612,— DM und im Januar dieses Jahres 609,— DM, sind die Monatsverdienste etwa gleich hoch geblieben.

Diese Zahlen über die Höhe des Brutto-Monatsverdienstes sind insofern interessant, weil sie zeigen, daß trotz der Einbußen, die ein nicht eben geringer Teil der Belegschaft durch die Rückführung der Arbeitszeit auf 45 Wochenstunden sowie durch weitgehende Einschränkung von Überstunden und Sonntagsarbeit auf sich nehmen mußte, das Durchschnittseinkommen der Gesamtbelegschaft nicht zurückgegangen ist. Das beruht insbesondere in unserem Werk nicht zuletzt auf eine großzügige Auslegung der Lohnausgleichsbestimmungen für alle die Betriebe, die bisher nicht so stark in die Sonntagsarbeit eingeschaltet waren wie die übrigen Betriebe.

Jahresbericht der Sterbekasse:

99% sind Mitglied

Erhöhung des Sterbegeldes muß sorgfältig geprüft werden

Am 21. 3. 1958 fand die laut Satzung jährlich vorgeschriebene Versammlung der Sterbekasse der Belegschaft statt.

Aus dem vom Kassenvorstand vorgetragenen Jahresbericht ergab sich, daß das Kassenvermögen im vergangenen Geschäftsjahr (1. 1. bis 31. 12. 57) weiter angestiegen ist. Es betrug zum 31. 12. 1957 rund 400 000 DM.

Sterbegelder wurden für 121 verstorbene Mitglieder und 33 Kinder gezahlt. Der Mitgliederbestand hat sich im vergangenen Jahr um 1691 auf 23 209 erhöht; über 99 Prozent der HOAG-Belegschaft in Oberhausen sind Mitglied.

Da die Kassenprüfungen keinerlei Beanstandungen ergeben haben, wurde dem Vorstand Entlastung erteilt und einstimmig seine Wiederwahl beschlossen. Der Kassenvorstand berichtete, daß er auf Grund des angewachsenen Vermögens mit dem Versicherungsmathematiker Fühlung genommen habe, um zu klären, ob und in welchem Umfang die Möglichkeit bestände, bei der Aufsichtsbehörde eine Erhöhung des Sterbegeldes zu beantragen. Nach überschlägiger Berechnung stellte der Mathematiker fest, daß günstigstenfalls eine Erhöhung um 50,— DM (von 500,— DM auf 550,— DM) in Frage kommen könne. Die Vermögensansammlung kann deshalb nicht schlechthin als Grund für eine Erhöhung des Sterbegeldes angesehen werden, weil berücksichtigt werden muß, daß beispielsweise für den augenblicklichen Bestand von rd. 23 000 Mitgliedern im Laufe der Zeit eine Sterbegeldsumme von insgesamt 11,5 Millionen DM erforderlich wird. Erhöhungen des Sterbegeldes können sich im wesentlichen nur durch Änderung des Sterbealters bzw. gute Verzinsung des Kassenvermögens ergeben.

Die Diskussion über das Für und Wider einer Erhöhung in der vorgenannten Größenordnung von 50,— DM ergab einerseits die Meinung, vorerst hiervon abzusehen und die Frage zurückzustellen, bis eine größere Aufstockung möglich sei; andererseits wurde eine sofortige Erhöhung um 50,— DM befürwortet.

Bei der Abstimmung beider Anträge konnte die Dreiviertelmehrheit der anwesenden Vertreter nicht erreicht werden, die lt. Satzung hierzu erforderlich ist. Über eine Sterbegelderhöhung kann also frühestens bei der nächsten Vertreterversammlung erneut gesprochen werden.

thyssenkrupp Corporate Archives

Was halten Sie von Obligationen?

Industrie-Anleihen sind für den Sparer im Augenblick am günstigsten

Was machen Sie mit dem Teil Ihres Einkommens, den Sie nicht sofort verbrauchen? In welcher Form sparen Sie? Schließlich sind wir zwölf Jahre nach Kriegsende alle satt gegessen, ausreichend bekleidet, und auch die Wohnungsfrage ist bereits für viele gelöst, so daß hier und da einige Groschen „auf die hohe Kante" gelegt werden. Gewiß ist die bekannteste Methode, die Ersparnisse auf die Sparkasse zu tragen. Wenn Sie dabei Ihre Einlage noch langfristig binden, können Sie 3½ bis 4 Prozent Zinsen verdienen, also für 1000,— Mark 40,— Mark im Jahr. Leider aber hat die Praxis zweimal in 25 Jahren bewiesen, daß das Sparen in Geld durchaus nicht das Sicherste ist. Eine übernormale Aufblähung des Geldumlaufs, wobei es sich noch keineswegs um eine Inflation zu handeln braucht, genügt, um Ihr erspartes Geld bereits teilweise zu entwerten. Nehmen wir den Fall, daß Sie 1000,— Mark gespart haben, bei einem allgemeinen Preisniveau von 100. Im Laufe einiger Jahre steigen nun fast unmerklich die Lebenshaltungskosten auf einen Index von 120. Ihre Ersparnisse werden dadurch entwertet. Denn wenn Sie nun, abgesehen von dem Zinsgewinn, Ihre 1000,— Mark wieder von der Kasse holen, fehlen Ihnen 200,— Mark, um das erstehen zu können, was Sie früher mit 1000,— Mark kaufen konnten. Ganz abgesehen davon, daß es volkswirtschaftlich und erst recht privatwirtschaftlich wünschenswert ist, größere Beträge, die man voraussichtlich nicht von einem auf den anderen Tag benötigt, in der Wirtschaft nutzbringend anzulegen, wollen wir daher in mehreren aufeinanderfolgenden Artikeln auf zwei Sparformen aufmerksam machen, die neben einer gewissen Sicherheit auch einen höheren Zinsgewinn ermöglichen — — auf das Sparen in Obligationen und in Aktien. Heute soll vom Obligationen-Sparen die Rede sein, also vom Sparen in Anleihepapieren. Wie Sie sicherlich schon aus der Presse erfahren haben, beabsichtigt auch die Hüttenwerk Oberhausen AG demnächst eine Anleihe aufzulegen. Näheres über Industrie-Obligationen und ihren Wert für Sparer können Sie dem nachstehenden Bericht entnehmen.

Viele Hausfrauen sind bereit, weite Wege in Kauf zu nehmen, wenn sie beim Einkauf ein paar Groschen sparen können. Gleichzeitig verschenken sie aber ziemlich bedenkenlos Geld, nämlich bei der Verwaltung ihrer meist bescheidenen Ersparnisse. Und was für die Hausfrauen gilt, trifft auch für viele von uns zu. Zwar wissen wir inzwischen alle, wie wenig sinnvoll das „Strumpfsparen" ist, weil es keine Zinsen bringt, aber wer hat schon einmal darüber nachgedacht, welche Wege es gibt, um die Ersparnisse noch zweckmäßiger anzulegen, als es bei der Einzahlung auf ein einfaches Sparkonto der Fall ist? Für den amerikanischen Arbeitnehmer ist es beispielsweise ganz selbstverständlich, daß er seine Ersparnisse „arbeiten" läßt. Er gibt sie dorthin, wo sie ihm die größten Gewinne oder die höchsten Zinsen einbringen. Mit diesem Erwerbssinn sind die Amerikaner nicht schlecht gefahren.

Von der Möglichkeit, die Ersparnisse so anzulegen, daß sie sich ohne laufende Zuzahlungen schnell vermehren bzw. daß sie einen ins Gewicht fallenden Zuschuß zum eigenen Verdienst bringen, wird bei uns in der Bundesrepublik erschreckend wenig Gebrauch gemacht. Der Einwand, die bei uns gezahlten Löhne und Gehälter reichten zum Sparen nicht aus, ist insofern wenig beweiskräftig, weil sich Sparfähigkeit und Sparwilligkeit gerade in diesen Monaten kräftig in den Konten der Sparkassen niederschlagen, die allesamt Rekordergebnisse melden!

Aber genug der Vorrede und kommen wir zur Praxis! Wie lege ich meine Ersparnisse vernünftig an? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns zunächst darüber klar werden, wofür wir sparen bzw. wann wir wieder über unsere Ersparnisse verfügen wollen. Wer sein Geld für die Urlaubsreise, für den Kühlschrank oder das Fernsehgerät spart, braucht es relativ schnell zurück. Für ihn kommt das einfache Sparkonto in Frage, von dem man den eingezahlten Betrag (bis zu 1000,— DM ohne Kündigung) jederzeit abheben kann. Der Sparer erhält in diesem Fall allerdings nur 3¼ Prozent Zinsen. Das ist nicht viel, wenn man bedenkt, daß sich die Kaufkraft der D-Mark allein im letzten Jahr um rund 3 Prozent verringert hat. Der eigentliche Zinsgewinn beträgt — rein statistisch gesehen — nur ¼ Prozent. Die Rechnung sieht schon besser aus, wenn man sein Geld auf ein halbes Jahr festlegt. Dann zahlt die Sparkasse 4 Prozent, bei einjähriger Sperrfrist erhöht sich der Zinssatz auf 5 Prozent.

Wer nun aber sicher ist, seinen Sparzweck erst nach einigen Jahren zu erreichen (Sparen auf die Aussteuer, auf den „selbstbezahlten" Wagen, auf ein Eigenheim, auf den Baukostenzuschuß oder auf eine zusätzliche Kapitalrücklage im Alter), braucht sich mit diesen Zinssätzen nicht zufrieden zu geben. Für ihn steht der Wertpapiermarkt offen! Bitte, machen Sie sich von dem Gedanken frei, daß Wertpapiere unbedingt Spekulation bedeuten. Zugegeben, in Aktien wird manchmal spekuliert, aber neben den Aktien gibt es auch die ebenso wichtigen festverzinslichen Papiere (auch Rentenwerte genannt). Diese sind mit einem festen Zinssatz ausgestattet. Zu den Rentenwerten gehören außer den Pfandbriefen und Kommunal-Obligationen (sie werden von den Hypothekenbanken ausgegeben) die Industrie-Anleihen (Geldnehmer sind einzelne Unternehmen) und die Staats- und Kommunal-Anleihen (angeboten von der Öffentlichen Hand).

Bitte erschrecken Sie nicht ob dieser Vielfalt; heute sollen Sie nur mit den Industrie-Obligationen bekannt gemacht werden. Denn diese Papiere sind für den Sparer im Augenblick am nützlichsten. Industrie-Anleihen werden jeweils dann von einem Unternehmen herausgegeben, wenn es Geld für seine Investitionen braucht. Drei Wege stehen einer Gesellschaft zur Finanzierung neuer Anlagen offen: 1. die eigenen Mittel (also erwirtschaftete Überschüsse), 2. die Ausgabe junger Aktien (die Aktionäre werden aufgefordert, neue Aktien zu zeichnen) und 3. die Auflage einer Anleihe. Bankkredite werden in der Regel nur kurzfristig gegeben, außerdem sind sie sehr kostspielig.

Kennzeichen einer Industrie-Anleihe ist der bereits erwähnte feststehende Zinsfuß. Die Zinsen müssen auch dann an die Inhaber der Anleihe-Stücke gezahlt werden, wenn kein Gewinn entstanden ist, wenn also die Aktionäre dividendenlos ausgehen. Anleihen sind hypothekarisch gesichert, um die Anleihegläubiger vor Verlust zu schützen, falls das Unternehmen einmal in finanzielle Schwierigkeiten geraten sollte.

Wo liegt nun für den Sparer der Vorteil im Besitz von Industrie-Anleihen? Antwort: Vor allem im höheren Zinssatz. Dann in der Möglichkeit, die Anleihe-Stücke jederzeit (unabhängig von der Höhe der Beträge) verkaufen zu können. Aber zurück zum Zinssatz, er beträgt bei den heute angebotenen Papieren 7 Prozent. Die Zinsen werden halbjährlich ausgezahlt. Verkaufen Sie Ihre Stücke vor dem Zinstermin, dann rechnet Ihnen die Bank auf den Tag genau die auf Ihre Stücke entfallenden Zinsen aus und schreibt sie Ihnen gut.

Und nun ein Beispiel: Angenommen Sie verfügen über Ersparnisse von 1000,— DM (es können auch weniger sein, denn es gibt schon Anleihe-Stücke über 100,— und 500,— DM), die Sie in Industrie-Obligationen anlegen wollen. Wenn Ihnen der Mann am Sparkassen- oder Bankschalter die Abrechnung überreicht, dann werden Sie überrascht feststellen, daß man ihnen ein Anleihe-Stück von 1000,— DM (das ist der „Nennwert") für einen Preis von 970,— DM gibt, weil der „Ausgabekurs" der Anleihe 97 Prozent beträgt. Er wird für jede Anleihe gesondert festgesetzt. Die Spesen, die die Bank bei der Neuzeichnung berechnet, fallen nicht ins Gewicht. Die 7 Prozent Zinsen erhalten Sie nun nicht etwa auf den von Ihnen aufgewendeten Betrag von 970,— DM, sondern auf den Nennwert von 1000,— DM gezahlt. Den Nennwert erhalten Sie auch zurück, wenn die Anleihe „getilgt" wird, das heißt, wenn das betreffende Unternehmen seine Schulden bei Ihnen zurückzahlt. In unserem Beispiel erhalten Sie halbjährlich einen Zinsbetrag von 35,— DM. Wie die Zinszahlung im einzelnen geschieht, erklärt Ihnen die Bank oder Sparkasse, bei der Sie die Anleihe erwerben.

Was ist aber nun, wenn Sie vor dem Tilgungstermin der Anleihe über Ihr Geld verfügen müssen? Dann gehen Sie wieder zur Bank und geben einen Verkaufsauftrag. Ausgezahlt erhalten Sie nun aber nicht unbedingt den Nennwert, sondern einen Betrag, der sich auf Grund des jeweiligen Börsenkurses der Anleihe errechnet. Aber keine Angst, Sie fallen nicht unter die Räuber! Die Kursschwankungen sind bei hochverzinslichen Industrie-Anleihen im allgemeinen sehr gering, so daß Sie vor Kursverlusten einigermaßen geschützt sind, aber sehr wohl die Chance haben, einen Kursgewinn zu erzielen. Im Augenblick steigen die Kurse. Wer sich vor einigen Monaten beispielsweise ein Anleihe-Stück mit einem Zinsfuß von 8 Prozent und einem Ausgabekurs von 98 Prozent gekauft hat, kann es heute bereits wieder mit 102 Prozent und mehr veräußern (Kursgewinn bei 1000,— DM Nennwert also 40,— DM). Natürlich ist auch einmal eine „Baisse" denkbar, aber am Rentenmarkt pflegt sich der Kursrücklauf in so engen Grenzen zu halten, daß man auf den höheren Zins, den die Industrie-Anleihen bieten, nicht verzichten sollte.

Zum Schluß die Steuer: Die Zinseinnahmen aus Spareinlagen und Industrie-Obligationen sind einkommen- und lohnsteuerfrei, wenn ein Lohnsteuerpflichtiger nicht über 24000,— DM jährlich verdient und seine „sonstigen Einnahmen" 600,— DM jährlich nicht übersteigen.

So, das wäre das Wichtigste über Industrie-Obligationen. In ähnlicher Form wollen wir in einer der nächsten Ausgaben über das Aktiensparen berichten.

Jedem, der sich eingehend informieren will, empfehlen wir das für 12,80 DM durch jede Buchhandlung beziehbare Büchlein von Dr. Franz Goossens „Wie werde ich Aktionär?", das im Verlag Moderne Industrie, München, erschienen ist. In einer allgemeinverständlichen Sprache beantwortet der Verfasser hierin vielerlei Fragen um das Wertpapiersparen und seiner Vorteile gegenüber anderen Sparformen.

thyssenkrupp Corporate Archives





LEICHTSINN KOMMT VOR DEM FALL

Was dem Einsender des oben wiedergegebenen Leserbriefes an die „Unfallwehr" nicht gelang, glückte unserem Fotografen. Nun wurden aber unsere beiden Bilder nicht etwa „rekonstruiert", sondern sind echte Schnappschüsse. So nämlich wurden kürzlich Malerarbeiten im Treppenhaus unseres Gelsenkirchener Verwaltungsgebäudes ausgeführt. Man sollte solche fahrlässige Arbeitsweise kaum für möglich halten. Leichtsinn kommt vor dem Fall — könnte man in Abwandlung eines bekannten Sprichwortes hierzu sagen. Oder auch: Die Dummen werden nicht alle! Nicht nur, daß es jeder Unfallverhütungsvorschrift Hohn spricht, wenn eine Leiter auf den Knien abgestützt wird, auch scheinen die Anstreicher noch nichts davon gehört zu haben, daß solcherart Leitern mit zwei Spannketten versehen sein müssen. — — Nun wird sicher der Einwand kommen, daß es sich hier um Unternehmerarbeiter handelt und es uns piepegal sein könne, wenn die ihre Knochen aufs Spiel setzen. Das ist jedoch nicht so. Die Unternehmerarbeiter sollten sich vielmehr der Tatsache bewußt sein, daß sie ihre Arbeiten in einem Werk ausführen, in dem allerhand für die Unfallverhütung getan wird. Wir sollten sie deswegen ruhig ansprechen und sie auf die Gefährlichkeit ihres Tuns aufmerksam machen, wenn wir sehen, daß sie die Arbeitsschutzvorschriften mißachten. Und außerdem: Schlechte Beispiele verderben gute Sitten!

Chronikus

Sehr geehrte Herren!

In Nr. 7 der „Unfallwehr" sind erfreulicherweise wieder einige Leitersünden demonstriert. Was sagen Sie aber zu dieser Art der Leiteraufstellung, die ich in beigefügter Skizze wiederzugeben versucht habe.

An dem Vordach eines bekannten ...hauses in D. wurde eine Lampe repariert. Von der Straße führen eine Anzahl Stufen zum Platz vor dem ...haus (und der R.... Kirche). Auf diesen Stufen stand ein Mann und hielt auf seinen Knien die Leiter. Und das vor dem stark vom Publikum begangenen Hauseingang und Platz. Eine in jeder Beziehung „unfallsichere" Angelegenheit, besonders, wenn ein Passant versehentlich den „Leiterhalter" mal anstößt. Die beiden schienen sich ihrer Leitersünde gar nicht bewußt zu sein, denn sie unterhielten sich dabei recht fröhlich.

Leider hatte ich keinen Fotoapparat zur Hand, so daß ich mich mit einer primitiven Skizze begnügen muß. Solch ein Leichtsinn sollte m. E. in der „Unfallwehr" als böses Beispiel gebracht werden. Es lohnte sich wirklich, diese Leiteraufstellung an Ort und Stelle für ein Foto rekonstruieren zu lassen. Daneben wäre vielleicht eine Information der betreffenden Betriebsleitung ganz angebracht, damit diese Herren „Elektriker" auf ihren Leichtsinn aufmerksam gemacht werden, der nicht nur sie selbst, sondern auch das Publikum gefährdet.

Hochachtungsvoll
X Y, Witten

Anmerkung der Schriftleitung: Wir haben darauf verzichtet, ein gestelltes Foto zu bringen. Die Skizze des Einsenders diente als Vorlage für die obige Illustration.



Wie man Magengeschwüre züchtet

❶ Bleiben Sie morgens mindestens 15 Minuten länger liegen, als Sie sich erlauben können. Das gibt Ihnen die Möglichkeit, sich in aller Hast anzukleiden, den heißen Kaffee rasch herunterzugießen und Ihr Frühstücksbrot zu essen, während Sie Ihrem Zug oder Bus nachlaufen.

❷ Wenn Sie dann atemlos und gehetzt Ihr Verkehrsmittel erreicht haben, machen Sie einige Bemerkungen über die schlechte Organisation der Bahn, die Fülle, die Rücksichtslosigkeit der Mitreisenden und die Unhöflichkeit der Schaffner. Selbst wenn es Ihnen damit nicht gelingt, einen Streit herbeizuführen, haben Sie doch wesentlich dazu beigetragen, sich in jene gereizte Stimmung hineinzuschimpfen, die für die Entwicklung von Magengeschwüren der beste Nährboden ist.

❸ Im Betrieb angekommen, pflegen Sie diese mühsam erworbene Stimmung weiter, indem Sie sich umsehen, ob Sie nicht jemanden zurechtweisen oder für einen Fehler zur Rechenschaft ziehen können. Ein Grund wird sich sicherlich finden lassen. Und schwächen Sie die Wirkung nicht etwa durch ein „Guten Morgen" ab. Schimpfen Sie sofort los.

❹ Dann setzen Sie sich an Ihren Arbeitsplatz, türmen die unerledigte Arbeit vor sich auf und beschäftigen sich eine Zeitlang intensiv mit dem Gedanken, daß die ganze Last des Betriebes allein auf Ihren Schultern liegt, daß keiner der Kollegen und Mitarbeiter in der Lage ist, Ihnen etwas davon abzunehmen, und daß die Hetze und Arbeitslast jeden Tag größer wird.

❺ Damit sind Sie in der richtigen Panikstimmung, um sich über jede kleine Störung, jeden Zwischenfall maßlos aufzuregen und jede Verzögerung als eine Katastrophe zu empfinden. Ein kleiner Tip, diese für Magengeschwüre so wichtige gehetzte Stimmung aufrechtzuerhalten: wenn Sie auf eine Telefonverbindung oder einen Mitarbeiter, der eine Unterlage suchen sollte, warten müssen, dann lassen Sie sich nicht durch eine andere Tätigkeit ablenken. Warten Sie mit Ungeduld. Schauen Sie alle paar Sekunden auf die Uhr. Sehr wirksam ist es auch, während des Wartens mit den Fingern auf den Tisch zu trommeln.

❻ Sagen Sie Ihren Mitarbeitern nur das Allernotwendigste. Erledigen Sie auch einfachste Routinevorgänge selbst, damit Ihnen niemand in die Karten schauen kann. Je mehr nebensächliche Arbeit Sie sich selbst aufladen, um so eher geraten Sie in jenen Zustand ständiger Hetze und Überarbeitung, der für das Gedeihen von Magengeschwüren erforderlich ist.

❼ Schaffen Sie eine gespannte menschliche Atmosphäre. Teile und herrsche — das soll Ihre Losung sein. Spielen Sie die Mitarbeiter gegeneinander aus. Kritisieren Sie scharf, aber spenden Sie möglichst wenig Anerkennung. Wenn es einmal gar nicht zu vermeiden ist, dann fügen Sie wenigstens hinzu: „...aber wenn Sie so oder so vorgegangen wären, hätten Sie es noch viel besser machen können."

❽ Verachten Sie alle, die älter sind als Sie, weil es sich ausnahmslos um verkalkte Trottel handelt. Verachten Sie alle, die jünger sind als Sie, weil diese unreifen Rotznasen keine Ahnung vom Leben haben. In dieser Gesellschaft werden Sie bald in die Stimmung kommen, die es Ihnen ermöglicht, Ihr Magengeschwür zu pflegen.

❾ Nehmen Sie auf jeden Fall Arbeit mit nach Hause. Sie werden zwar sicherlich nichts mehr tun, aber Sie erhalten sich dadurch auch am Feierabend das Gefühl der Überlastung.

❿ Wenn es Ihnen jetzt noch gelingt, die am Tage sorgfältig kultivierte Gereiztheit auch im Familienkreis zu erhalten und mit den Kindern zu schelten oder eine Auseinandersetzung mit Ihrer Frau in die Wege zu leiten, dann haben Sie alles getan, was Sie konnten, und Ihre Magengeschwüre werden blühen und gedeihen.

Arbeit und Erlösung

Die Arbeit ist in der industriellen Gesellschaft vielfach arm an Sinngehalten geworden. Die freie Zeit dient der Erholung. Diese aber befreit und stärkt nicht, wenn sie nichts enthält, was über den Arbeitstag einen beglückenden Schimmer verbreiten könnte. Eine spezialisierte oder eine maßlos summierte Arbeit bleibt das Los einer Kultur, die geglaubt hat, den Weg der objektiven Leistung, der technischen Naturbeherrschung und des wirtschaftlichen Gedeihens zum „Erlösungsweg" machen zu können. Die geträumte Erlösung wird ausbleiben, solange es der Menschheit nicht gelingt, Gegengewichte im Innern gegen die Veräußerlichung des Daseins zu mobilisieren.

Dem modernen Menschen ist das Bewußtsein für die Farbigkeit der Güter verloren gegangen, die das Leben auch im engen Kreise schenkt. Der Mensch sollte wieder empfänglich werden für Glücksgefühle, die nicht in Geld ausdrückbar sind.

Eduard Spranger

thyssenkrupp Corporate Archives

Am Rande der Messe:

Leipziger Allerlei

Auf der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse haben die Aussteller aus der Bundesrepublik erfahren müssen, wie festgefahren die Situation im Interzonenhandel ist. Dafür brachte Leipzig diesmal mehr politische Propaganda als je zuvor. Geradezu gespickt von Schimpfkanonaden gegen die Bundesrepublik war die Eröffnungsrede des stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Heinrich Rau. Insgesamt waren unter den Ausstellern 1464 westdeutsche Firmen zu finden, die durch „eisiges Klima" mehr oder weniger enttäuscht wurden. Reale Geschäftsmöglichkeiten boten sich kaum, denn immer mehr ist der eigentliche Messecharakter verdrängt worden durch das Faktum einer bloßen Schau, durch ein Politikum. Trotzdem aber sollte Leipzig auch weiterhin unser Interesse finden, denn die Messe ist eine der wenigen Brücken zum anderen Teil unseres Vaterlandes, die — wenigstens bis heute — erhalten blieben. So ist die Leipziger Messe nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit, sondern ebenso ein Ereignis, das an die Spaltung Deutschlands erinnert, an die menschliche Tragödie und an die Gefahr des Auseinanderlebens. Leipzig ist deshalb heute nicht zuletzt eine Kontaktmesse. — — — Den folgenden Bericht über Eindrücke am Rande der Messe haben wir mit freundlicher Genehmigung des Verlages der Zeitschrift „Die Zeit" entnommen.

Wer, von Norden kommend, an einem regenverhangenen Wintertag in die Messestadt an der Pleiße einfährt, dem bietet sich ein deprimierender Anblick: düstere Fassaden, deren schmutziges Grau durch die vielen bunten Fahnen, die dem Besucher entgegenflattern, nur noch unterstrichen wird. Und wer da meint, dieses sei der Vororteindruck vieler Großstädte, der hat die Leipziger Innenstadt noch nicht gesehen. Was Goethe einst das „Klein-Paris" nannte, ist, sofern es Materie war, zum Teil den Bomben des Krieges und, sofern es Geist war, dem Würgegriff des Nachkriegssystems zum Opfer gefallen. Die bunten Fahnen, die über Leipzig wehen, können nicht vertuschen, daß über Leipzig die rote Fahne weht.

*

Unter dem Neuen Rathaus, das in nächtlich-festlicher Scheinwerferbeleuchtung wie eine Zwingburg aus alten Zeiten wirkt, liegt der Ratskeller. Seine eine Hälfte ist für ausländische Messebesucher (For Foreign Fair Visitors) reserviert. Diese „Maßnahme", die der Bequemlichkeit der Visitors und damit zugleich der östlichen Propaganda dient, wird ganz offenbar auch von der Leipziger Jugend sehr geschätzt. Alle großen Autos nämlich, jene abenteuerlichen chromglitzernden und ledergepolsterten Gebilde aus einer gar nicht weit entfernten und doch so fernen Welt, stehen hier vor dem Ratskeller zu Hauf und werden stundenlang bewundert mit fachmännisch-inspizierenden Blicken...

*

Der Messebesucher müsse sich in Leipzig sogleich polizeilich anmelden, stand auf irgendeinem der bedruckten Papiere. Es dauerte eine gute Stunde, bis ich, am Sonnabendnachmittag, auf meinem „Hier-nicht;-Gehen-Sie-Dorthin"-Weg vom Pressezentrum über das Rathaus, das Stadthaus, eine Polizeiwache zu einer Dienststelle im Hauptbahnhof gelangt war, wo ich meinen lebensnotwendigen Polizeistempel und auch die im Verhältnis eins zu eins umgetauschten DM-Ost empfing. Die Polizeiwache übrigens, die zuständig sein sollte, es dann aber doch nicht war, liegt gegenüber dem ehemaligen Reichsgericht. Dort stehen heute keine Menschen mehr, dort steht die Vergangenheit vor Gericht. Georgi-Dimitroff-Museum liest man über dem Eingang und erfährt, daß drinnen dokumentarisches Material über den — jetzt gerade 25 Jahre zurückliegenden — Reichstagsbrandprozeß ausgebreitet ist.

*

Einige hundert Meter neben dem Bahnhof liegt das Hotel International — pardon: das HO-Hotel International, eine Bezeichnung, die besagt, daß auch diese prominente Stätte der Fremdenbetreuung der staatlichen Handelsorganisation angeschlossen ist. Während der Messetage trägt das Hotel seinen Namen zu Recht. In der Garderobe werden englische Trenchcoats und bulgarische Pelzkappen, westdeutsche Aktentaschen und russische Uniformmäntel abgegeben. Im Restaurant aber sitzen zwischen den Internationalen auch Einheimische. Man erkennt sie sofort, und sie fühlen, daß man sie erkennt. Hier, in ihrer Stadt, wirken sie, als gehörten sie nicht ganz dazu.

An meinen Tisch setzt sich ein Ehepaar. Beide mögen um die Fünfzig sein. Noch bevor sie ein Wort gesagt haben, weiß ich: Sie sind keine Fremden. Eine Kellnerin trägt eine Schale mit Bananen und Apfelsinen zum Nebentisch. Darauf sie: „Bananen und Apfelsinen..." — Er: „Ja" — Sie: „Für die armen Westdeutschen." — Er: „Die sind sie doch gewohnt und vermissen es sonst." (Übrigens zwei Stück Apfelsinen kosten 2,70. Die Zitronen pro Stück 1,—.)

„Dieses ganze System ist verrottet", sagt der Mann am Tisch. Er ist Arzt. „Wissen Sie, welcher Witz hier jetzt kursiert? Er ist simpel, aber richtig: Es gibt für die Lauben kein Holz; für die Maschinen keine Schrauben; für den Po kein Papier; aber 'n Sputnik, den haben wir." Seine Frau wirft einen scheuen Blick zur Seite. „Du weißt, das kann fünf Jahre kosten..."

„Was ist schlimmer", fragte ich, „daß es keine Apfelsinen oder Bananen gibt, oder daß Sie leise sprechen müssen, wenn Sie sagen, was Sie denken?" Einen Augenblick sieht mich der Arzt ruhig an. „Natürlich das zweite. Wir würden gern auf vieles verzichten, wenn es einen Sinn hätte . . ."

*

Am Sonntagmorgen, zu der gleichen Stunde, als sich die Tore der Messehäuser in der Innenstadt (Mustermesse) und des Messegeländes (Technische Messe) öffnen, gibt es am Markt einen großen Auflauf. Vor dem Eingang eines Geschäftes, das eine chinesische Fassade trägt, drängen sich etwa hundert Frauen, schreien und schimpfen. „Was gibt's denn?" fragt eine, die vorbeikommt. „Kleine Handtücher und etwas Wolle, aber keine schönen Farben." Ein Mann in Eisenbahner-Uniform sagt: „Das is doch ibel, daß sich die Mänschen so benähmen." Darauf eine Frau, mit wollenem Kopftuch und Kunststoffhandtasche: „Das muß doch einen Grund haben, daß sie sich so benehmen — sie brauchen die Sachen." Eine andere: „Fehlt nur noch, daß jetzt die Polizei kommt!" Frühjahrsmesse 1958...

Gerade an der entgegengesetzten Ecke des Marktplatzes liegt das Haus der Nationalen Front. An einem Eingang hängt ein Schild: Ausschuß für Deutsche Einheit. Informationen. Ich sah niemanden hineingehen . . .

*

Kontrollpunkt Drewitz bei Berlin. Hier verläßt der Reisende die Zone. In dem kleinen Barackenzimmer, das der „Abfertigung" dient, stehe ich neben zwei Westberliner Geschäftsleuten. Ihre Papiere liegen auf dem Tisch. Stempel hier, Stempel dort. Da stutzt der Volkspolizei-Unteroffizier: „Haben Sie sich in Leipzig nicht polizeilich angemeldet?" Nein, die beiden haben das vergessen, und sie entschuldigen sich für dieses Versehen. Ein Vopo-Offizier wird geholt. „Sie



Der Ausstellungsstand unseres Werkes auf der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse. Überhaupt war die Halle der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie ein Hauptanziehungspunkt für die Messebesucher. SED-Parteichef Ulbricht allerdings würdigte bei seinem Rundgang am Eröffnungstage die westdeutschen Messestände keines Blickes.

Zwei Stimmungsbilder aus Leipzig während der Messetage. Für die Leipziger bedeutet die Messe eine willkommene Ablenkung von ihrem grauen Alltagsleben. Die vielen Besucher aus der westlichen Welt geben ihnen für wenige Tage wenigstens das Gefühl, daß man sie draußen nicht abgeschrieben hat. Rechts Auerbachs Keller, in dem nach Goethes Dichtung Faust auf einem Weinfaß die Treppe emporgeritten sein soll. Auch dieses weltbekannte Lokal gehört heute zur staatlichen Handelsorganisation.





Archiv Bundesarchiv

DAS HABEN WIR ERLEBT ...

Auch in diesem Jahr scheiden wieder zahlreiche Belegschaftsmitglieder aus, weil sie die Altersgrenze erreicht haben. 65 Jahre sind — gemessen an den Jahrtausenden der Menschheitsgeschichte — nur ein kleiner Zeitraum; aber was hat sich nicht alles in den letzten 65 Jahren ereignet? Erinnern wir uns einmal an die wichtigsten Erfindungen dieser Zeit.

1893 wurde der Dieselmotor patentiert. Vier Jahre später erfand man den Kunststoff Galalith und die Funkentelegrafie. Wir übertragen Schrift, Ton und Bild. Können Sie sich noch an das Jahr 1923 erinnern, als damals die erste Unterhaltungssendung des Rundfunks in Berlin zu hören war, und an 1928, als wiederum in Berlin auf der Funkausstellung das erste drahtlose Fernsehen gezeigt wurde?

Zur Jahrhundertwende ging uns ein Licht auf — und zwar das der Osmiumglühbirne. Viele Leser werden sich wohl noch mit der Gas- oder Petroleumbeleuchtung herumgeärgert haben. Heute sind wir in der Lage, die Nacht zum Tage zu machen — und das zu unserem Nutzen und Schaden.

1903 glückte der erste Motorflug. Dann kam die Zeit, in der man staunend zum Himmel emporsah, wenn ein Flugzeug auftauchte. Die Fluggeschwindigkeiten nahmen zu, und die Entfernungen schrumpften zusammen. Es folgten Jahre, in denen wir ängstlich zum Himmel lauschten, um rechtzeitig vor den Flugzeugen fliehen zu können. Seit Ende des letzten Krieges vollzieht sich der Übergang vom Propeller- zum Düsenantrieb — vom Flugzeug zur unbemannten Rakete. Am 4. Oktober 1957 gelang der erste Start eines Erdsatelliten!

1919 wurde ein Stickstoff- in ein Sauerstoffatom umgewandelt. Am 2. Dezember 1942 erzeugte man zum erstenmal mittels einer Kettenreaktion bei der Uranspaltung fortlaufend Atomenergie. Zuerst wurde diese Erfindung als Atombombe angewendet. Inzwischen ist man auch zur friedlichen Nutzung der Atomenergie übergegangen. Vor kurzem gelang es, die atomaren Kräfte des Wasserstoffs zu bändigen.

Trotz kleiner und großer persönlicher Sorgen sollte man nicht vergessen, daß wir in einer Zeitenwende leben — zwischen dem Eisen- und Atomzeitalter. Worauf es jetzt ankommt, ist die wirtschaftliche Nutzbarmachung der Wasserstoffenergie und deren Verwendung bei der bemannten Weltraumrakete. Werden wir das noch erleben? — —

Ludwig Schneeweiß



Kleiner Mann — was nun? — — Diese Frage scheint gar nicht so sehr berechtigt, denn der kleine Mann auf unserem Bild scheint sehr zielstrebig auf irgendeinen Punkt loszugehen. Vielleicht bildet er mit vielen anderen einmal den Nachwuchs für unsere Belegschaft. Umgebung und Atmosphäre des Werkes — hier auf der Osterfelder Straße am Kraftwerkskühlturm — sind ihm zumindest nicht mehr ganz fremd. Bis später dann . . . ?

müssen zurückfahren nach Leipzig (150 km) und die Anmeldung nachholen." — „Ich denke nicht daran." — „Dann bleiben Sie eben hier." — „Ich machen Sie darauf aufmerksam, daß, wenn Sie mich nach Leipzig zurückschicken oder wenn Sie mich zurückhalten, alle Aufträge, die ich heute in Leipzig erteilt habe, annulliert werden!" — „Das ist mir völlig egal, bei uns geht die Sicherheit vor!"

Ich habe inzwischen meinen Stempel bekommen und muß leider weiterfahren. Der Westberliner aber gab mir seine Visitenkarte und bat mich, zu Hause anzurufen und zu erzählen, was vorgefallen ist. Am nächsten Tage berichtet er mir selbst am Telephon, wie die Sache ausgegangen ist. Die beiden wurden unter schwerer Bewachung („Bei Fluchtversuch wird sofort geschossen!") nach Potsdam gebracht. Dort erhielten sie eine Ordnungsstrafe von 50,— Mark (West) auferlegt, die sie zähneknirschend bezahlt haben. Zurück nach Drewitz, wieder unter Bewachung. Aufenthalt: insgesamt vier Stunden.

*

Aber auch dieses kann passieren: Wenige Kilometer vor einem Kontrollpunkt erfassen die Scheinwerfer meines Wagens einen Mann, der am Straßenrand steht und winkt. Es ist ein Volkspolizist. Ich halte. Er fragt, ob ich ihn ein Stück mitnehmen kann. Offenbar muß er zum Dienst zurück. Fünf Minuten bleibt er bei mir im Wagen. Wir sprechen über dieses und jenes, über das Wetter und über die Straßen. Er ist ein netter Kerl, Anfang zwanzig. Als der Kontrollpunkt in etwa 800 Meter Entfernung in Sicht kommt, sagt er: „Bitte, lassen Sie mich hier aussteigen, ich könnte sonst Schwierigkeiten bekommen..."

Automation führt nicht zur Arbeitslosigkeit

In einer eben durchgeführten Studie kommt das amerikanische Arbeitsministerium zu dem Ergebnis, daß die Automation in der Industrie und Verwaltung nicht so schnell voranschreitet, wie man allgemein annimmt. Veränderungen, die auf einen Ersatz des Menschen bei der Maschinenbedienung durch mechanische und elektronische Maschinenkontrolle hinauslaufen, gehen nur schrittweise vor sich. Dies ist einer der Hauptgründe dafür, daß die gesamte Umstellung reibungslos abläuft und durch die Technik keine Arbeitslosigkeit mit sich bringt, wie zum Teil befürchtet wurde. Das Arbeitsministerium weist darauf hin, daß keines der Unternehmen, das für die Installierung der neuen Maschinen und die Anwendung der neuen Methoden vorgesehen sei — wie zum Beispiel die Betriebe in der Automobilindustrie —, eine größere Anzahl von Arbeitern aus Gründen der Automation entlassen habe. In der Studie heißt es weiter, „die Betriebsführungen versuchen eher, die Produktion auszudehnen und mannigfaltiger zu gestalten, als Arbeiter zu entlassen." Die Untersuchung kommt ferner zu dem Ergebnis, daß der technische Fortschritt den Bedarf an hochqualifizierten Facharbeitern ungeheuer gesteigert habe. Die sozialen Veränderungen in den letzten Jahren hätten es mit sich gebracht, daß auch in der Dienstleistungsindustrie der Facharbeiter mehr denn je gefragt sei.

thyssenkrupp Corporate Archives

Echo der Arbeit

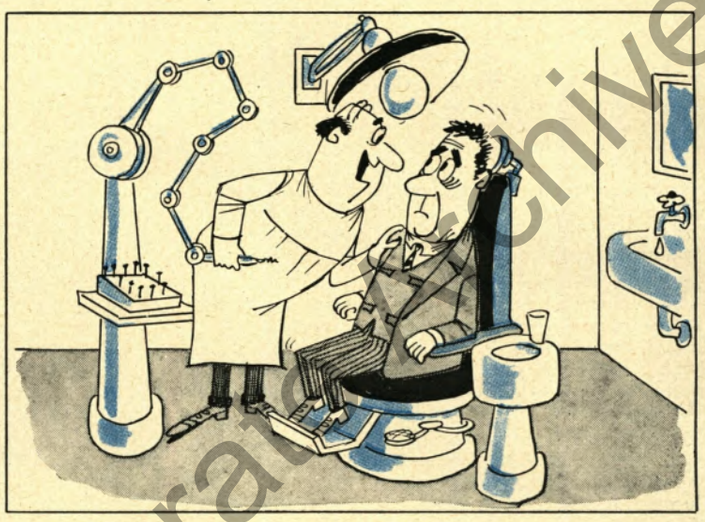


Au Backe, mein Zahn!

Geht beizeiten zum Zahnarzt
rät unser Zeichner KURT CERNY



„Ich finde, als Mann darf man sich nicht so gehen lassen."



„Also jetzt mal ordentlich die Zähne zusammenbeißen
und den Mund weit aufmachen."



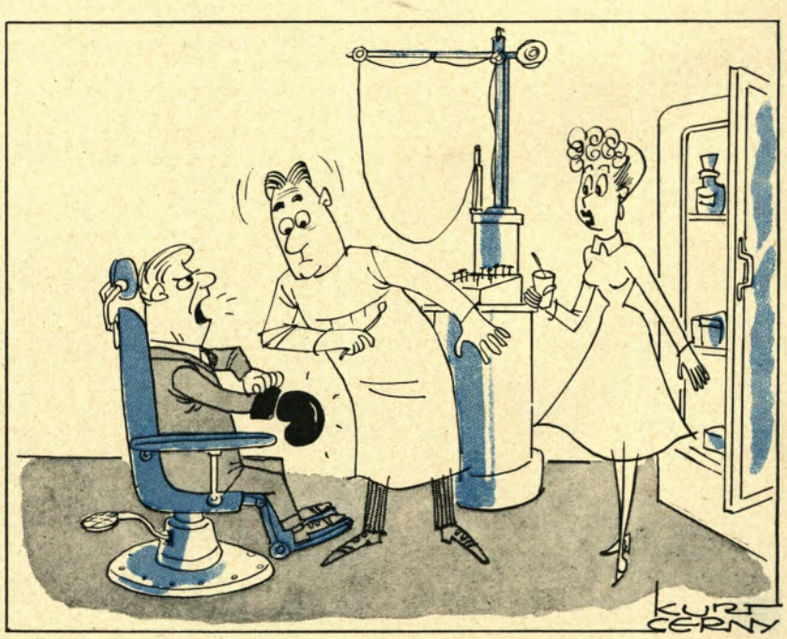
Selbsthilfe



„Aber vorsichtig, Willem, ich bin sehr sensibel!"



„Er hat eine unüberwindliche Angst vor dem Zahnarzt."



„Wenn's wehtut, knallt's!"

thyssenkrupp Corporate Archives